

Senatskanzlei

Ergebnisprotokoll über die Sitzung der Beirätekonzferenz am 14.05.2025,

Sitzungssaal des Bremer Rathauses

17:05 bis 20:15 Uhr

Anwesende:

Siehe anliegende Teilnehmerliste.

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Feststellung der Stimmberechtigungen, Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Beschluss über die Tagesordnung
4. Integrierte Drogenhilfestrategie (Sachstand und Ausblick),
dazu: Eva Carneiro Alves (SGFV), Petra Kodré (SASJ), Gesa Wessolowski-Müller (SIS);
5. Gemeinsamer Antrag der Beiräte im Bremer Westen: Öffentlichkeitsarbeit für Bremer Beiräte
dazu: Beiratssprecher:innen Findorff, Gröpelingen und Walle;
6. Baugenehmigungsverfahren und Beiratsbeteiligung (Anpassung Beiräteortsgesetz),
dazu: Vertreter SBMS
7. Verschiedenes

TOP 1 Begrüßung

Frau Wangenheim begrüßt die Anwesenden sowie die Gäste und eröffnet die Sitzung.

TOP 2 Feststellung der Stimmberechtigungen, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Sodann stellt Frau Wangenheim fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und ausreichend stimmberechtigte Mitglieder der Beirätekonzferenz anwesend sind, dass diese beschlussfähig ist.

TOP 3 Beschluss über die Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorgelegten Fassung genehmigt.

TOP 4 Integrierte Drogenhilfestrategie (Sachstand und Ausblick)

Frau Wangenheim begrüßt die drei Referentinnen, die zu dem Thema gekommen sind und übergibt das Wort an Frau Carneiro-Alves.

Frau Carneiro-Alves (SGFV) erläutert Zielsetzung, Ausrichtung und den aktuellen Sachstand der integrierten Drogenhilfestrategie anhand einer Präsentation. Die aktuelle Drogenhilfestrategie gehe auf den Senatsbeschluss aus 2023 zurück und stelle eine Weiterentwicklung der Drogenhilfeplanung aus den 90er Jahren dar, die wegen der Veränderungen der Drogenszene, des Angebotes und des Konsumverhaltens sowie der sozialen Umfeldbedingungen erforderlich geworden sei. Die integrierte Drogenhilfestrategie sei in einem mehrmonatigen Prozess von den 5 beteiligten Ressorts entwickelt worden

und verfolge die Zielsetzung einer verbesserten Stadtverträglichkeit und Wiederherstellung des öffentlichen Sicherheitsgefühls durch Reduzierung der Folgeerscheinungen von Drogenkonsum wie öffentliche Unordnungserscheinungen und Straftaten, sowie eine angepasste und verbesserte Versorgung von Drogen konsumierenden Menschen. Die städtische Strategie stütze sich auf die vier Säulen Prävention, Repression, Schadensminimierung, sowie Beratung und Therapie. Die Eckpunkte der Strategie seien Stadtteil- und sozialraumbezogene Maßnahmen durch regionale Weiterentwicklung der bisher zentralisierten Drogenhilfe, eine stärkere Verlagerung des öffentlichen Konsums in Suchthilfeeinrichtungen, die konsequente Unterbindung und Sanktionierung des öffentlichen Drogenhandels, eine ressortübergreifende Haltung, der Aufbau eines strategischen Netzwerks, Suchtprävention und Evaluation. Die Eckpunkte haben sich bisher als geeignet erwiesen und geben den Beteiligten Handlungsorientierung in den schwierigen Zeiten. Für Umsetzung und Weiterentwicklung der Strategie waren, bzw. seien zusätzliche Mittel erforderlich. Die bisherigen Maßnahmen haben zu einer Verbesserung der Situation der Drogenkonsumierenden aber auch der öffentlichen Ordnung und Sicherheit geführt. Die Fortführung der beschlossenen Maßnahmen sei aus fachlicher Sicht dringend geboten. Abschließend erläutert Frau Calveiro-Alves die Weiterentwicklungsbedarfe der Strategie.

Frau Wessolowski-Müller (SIS) ergänzt aus Sicht ihres Ressorts und weist besonders auf die Erfahrungen der ressortübergreifenden Zusammenarbeit hin, die sich bewährt habe. Auch der Abgleich mit den Erfahrungen anderer Städte habe sich als hilfreich erwiesen. Wichtig sei jetzt, nicht nachzulassen.

Frau Wangenheim dankt den Ressortvertreterinnen und weist eingangs darauf hin, dass die Situation in den einzelnen Stadtteilen sehr unterschiedlich sei. In der anschließenden Diskussion berichten die Vertreter:innen der Beiräte über die Situation in ihren Stadtteilen. Besondere Beachtung erfahren dabei die Lage der Drogenkonsumierenden, die Umsetzung einzelner Maßnahmen, wie Akzeptanzflächen oder Angebote, sowie die Auswirkungen der Szene bzw. der Maßnahmen auf die Stadtteile. Auch die Wechselbeziehungen zwischen der Entwicklung bei anderen Hilfs- oder Förderangeboten einerseits und der Drogenszene und Drogenhilfe andererseits werden erwähnt. Insgesamt machen die Beiratsvertreter:innen eine Veränderung im Sinne einer Verschlechterung der Lage der Drogenkonsumierenden und einem Anstieg der Auswirkungen auf Ordnung und Sicherheit in den Stadtteilen aus und mahnen eine Fortsetzung und die Finanzierung der Bemühungen an. Als weitere Aspekte werden die Möglichkeiten von Drug-checking, die Gefahr durch neue Drogen wie Fentanyl, Schwächen beim Jugendschutz und der Bedarf an Präventionsangeboten diskutiert.

Es wird vereinbart, dass Johannes Osterkamp (Neustadt) und Dieter Winge (Gröpelingen) einen Entwurf für einen Beschlussvorschlag eines Antrages der Beirätekonferenz an die Stadtbürgerschaft entwerfen, der sich mit der Finanzierung der Drogenhilfestrategie befasst.

TOP 5 Gemeinsamer Antrag der Beiräte im Bremer Westen: Öffentlichkeitsarbeit für Bremer Beiräte

Frau Wangenheim informiert die Beirätekonferenz dass sich das Sprechergremium im Vorfeld mit dem Antrag beschäftigt habe und die Forderung an die Senatskanzlei, eine Agentur mit der Erarbeitung eines Konzeptes die Öffentlichkeitsarbeit für die Beiräte zu beauftragen, angesichts deren Unterschiedlichkeit und Eigenständigkeit nicht nachvollziehen könne. Ute Pesara (Gröpelingen) und Sonja Rohlfing (Findorff) erläutern deshalb noch einmal die Intention des Antrages. Im Kern gehe es um die Rahmenbedingungen der Beiratsarbeit insgesamt. Dies beziehe sich auf die Digitalisierung der Beiratsarbeit sowie die technische und personelle Ausstattung der Ortsämter. Ein weiteres Problem sei die Sichtbarkeit der Beiratsarbeit nach Außen, diese werde oftmals von der Presse gar nicht wahrgenommen. Herr Harjes informiert über die aktuelle Entwicklung bei der schrittweisen Verbesserung der Ausstattung der Ortsämter und Beiräte. Die Vertreter:innen der Beiräte berichten von ihrem jeweiligen Umgang mit hybrid-digitalen Sitzungsformaten. Die Ursachen für mögliche mangelnde Resonanz der Beiratsarbeit in Presse und Öffentlichkeit werden kontrovers diskutiert. Die mögliche Nutzung von Social Media durch Beiräte und Ortsämter wird diskutiert. Insgesamt wird deutlich, dass die Beiräte in diesem Themenfeld sehr unterschiedlich aufgestellt sind und einer möglichen Vereinheitlichung von

Standards sehr unterschiedlich gegenüberstehen. Tatsächlich ist der Wunsch nach mehr Unterstützung und Anleitung bei einigen Beiräten vorhanden. Das Thema soll weiter bewegt werden.

TOP 6 Baugenehmigungsverfahren und Beiratsbeteiligung (Anpassung Beiräteortsgesetz)

Frau Wangenheim erläutert den Hintergrund für die Befassung der Beirätekonferenz mit dem Thema, nachdem Beiratsmitglieder bereits die Möglichkeit hatten, sich in einem Onlineformat mit der geplanten Änderung zu befassen und begrüßt Herrn Melzer und Herrn Kotte als Referenten.

Herr Melzer bedankt sich für die Worterteilung und stellt die geplanten Änderungen des Verfahrensablaufes anhand einer Präsentation vor. Im Sinne der dringend benötigten Beschleunigung der Genehmigungsverfahren sei grundsätzlich geplant, die Beiräte im Vorfeld mit zusammenfassenden Listen über alle anhängigen Verfahren zu informieren, Unterlagen aber nur noch in den Fällen zu versenden, in denen die Behörde auch ein Ermessen ausüben könne. Die Schlusspunkt Prüfung solle entfallen und die Auseinandersetzung mit Fragen außerhalb des Baurechts durch die jeweils fachlich zuständigen Behörden vorgenommen werden. Herr Kotte ergänzt und erläutert dieses neue „Listenverfahren“ anhand eines Beispielsfalles.

In der anschließenden Diskussion zeigt sich, dass die Beiratsvertreter:innen in dieser Verfahrensänderung eine Verschlechterung ihrer Einflussmöglichkeiten sehen, die vielfach als Einschränkung ihrer Rechte wahrgenommen wird. Die Listen böten nicht ausreichend Informationen über die einzelnen Verfahren, um ihre Tragweite seitens der Beiräte einschätzen zu können. Dadurch könnten sie ihre demokratische Kontrollfunktion nicht mehr hinreichend ausüben. Auch wird der Verlust der Einflussmöglichkeit auf große Bauvorhaben sowie der Zugriff auf strategische Fragen der Stadtentwicklung befürchtet.

Der Austausch über eine Veränderung der Verfahrensabläufe der Beteiligung der Beiräte an den Baugenehmigungsverfahren werden fortgesetzt.

TOP 7 Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen unter Verschiedenes.

Frau Wangenheim schließt die Sitzung um 20:15 Uhr.

Protokoll: gez. Holger Ilgner